

Freiberger Anzeiger

und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

N^o 105.

Erscheint jeden Sonntag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

38. Jahrgang.
Freitag, den 8. Mai.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Der englisch-russische Ausgleich.

So wenig man im Allgemeinen dafür eingenommen ist, den Frauen Einfluß auf die Politik zu gönnen, betrachtet man es dennoch jetzt als ein hohes Verdienst weiblicher Vermittlungskunst, daß seit acht Tagen die Aussicht auf einen friedlichen Ausgleich zwischen England und Rußland sich fast mit jedem Tage verstärkt hat. Die beiden dänischen Prinzessinnen, von denen die eine die Gemahlin des russischen Zaren, die andere diejenige des englischen Thronfolgers ist, sollen wesentlich dazu beigetragen haben, den Knoten zu entwirren, von welchem bisher die leitenden Staatsmänner Englands und Rußlands annahmen, daß er sich nur mit dem Schwerte zerhacken lassen werde. Die Abwendung des Massenmordes zweier Völker ist gewiß ein dankenswerthes, der hohen Frauen würdiges Unternehmen, aber man würde den Erfolg derselben weit überschätzen, wenn man in demselben etwas Anderes erblickte als eine bloße Vertagung eines Kampfes, der unausbleiblich ist, wo es gilt, unvereinbare Gegensätze auszutragen. Wenn ein finanziell so bedürftiger Staat wie Rußland viele Millionen für die Vorbereitungen zu einem Feldzug ausgegeben hat, als dessen nächstes Ziel der Besitz der paradiesisch gelegenen, reichen afghanischen Stadt Herat, als dessen zweites die Freimachung des Weges nach Indien angesehen wurde, dann läßt sich nicht erwarten, daß das unruhige russische Volk sich längere Zeit mit der Errungenschaft einiger Steppen und Sandwüsten am Kusch und Murghabslusse zufriedener stellen lassen werde. Ebenso wenig läßt sich annehmen, daß der Nationalstolz der Engländer die Demütigungen verwinden werde, mit welchen der Ausgleich mit Rußland verbunden ist.

Nur die Rabiaten des englischen Unterhauses jubelten, als der englische Premierminister Gladstone am Montag, in derselben Weise wie gleichzeitig Lord Granville im Oberhause, das Abkommen mit dem Petersburger Kabinett mittheilte, wonach die Meinungsverschiedenheiten über die Anslegung der Verabredung vom 17. März (nicht über die derzeitigen Stellungen herauszugehen) dem schiedsrichterlichen Urtheile eines befreundeten Herrschers unterbreitet werden sollen. Auf die Grenzfrage kann der Schiedspruch des Königs von Dänemark, der in seiner Eigenschaft als Schlichter des Zaren und des künftigen Königs von England, gewiß unparteiisch richten wird, nicht den geringsten Einfluß haben. Vielmehr wurde dem englischen Parlament ausdrücklich die Versicherung erteilt, daß ganz unabhängig von dem dänischen Schiedspruch die Verhandlungen über die Abfertigung der afghanischen Nordgrenze in London wieder aufgenommen und dann jede Einzelheit an Ort und Stelle erledigt werden solle. Augenblicklich ist das englische Kabinett fest entschlossen, der von Rußland zuletzt gewünschten afghanischen Grenzlinie bedingungslos zuzustimmen, da Lord Granville im Oberhause ironisch bemerkte, man habe über die Ansichten des Emirs von Afghanistan neuerdings eine veränderte Meinung erlangt, und da Gladstone im Unterhause den Vorwurf eines diplomatischen Rückzuges mit der Neuherung beantwortete, daß die Engländer die Interessen des Emirs nicht mehr als dieser selber zu wahren brauchten. Wenn auf diese schwache Bemerkung der diplomatischen Niederlage hin die Mehrheit des englischen Unterhauses den Kriegskredit von 220 Millionen Mark in dritter Lesung bewilligte und alle Versuche der Opposition, eine Vertagung dieses regierungsfreundlichen Beschlusses zu erzwingen, fruchtlos blieben, so war sicher bei vielen Parlamentsmitgliedern die Ueberzeugung maßgebend, daß das englische Kabinett mit dem Vorschlage der schiedsrichterlichen Entscheidung zwar keine Heldenthat verübte, aber einen sehr geschickten diplomatischen Schachzug gethan hat. Nach diesem englischen Vorschlage bleibt Rußland nur die Wahl, durch eine unbedingte Zustimmung auf das weitere Vordringen gegen Herat zu verzichten, oder vor ganz Europa die Verantwortung für den Ausbruch eines schrecklichen Krieges zu übernehmen.

Es verdient bemerkt zu werden, daß die meisten Londoner Blätter den von dem englischen Ministerium im Interesse des Friedens gemachten Vorschlag als eine Demütigung auffassen, deren Nutzen durch die zum Kriege drängende russische Militärpartei noch sehr in Frage gestellt werde. Der „Mercury“ schreibt: „Wir haben Grund für die Annahme, daß die von der „Daily News“ am Sonnabend veröffentlichten Angaben, die angeblich amtlichen Charakters

sind, weit über das Ziel hinausschossen in der Folgerung, daß schon irgend eine endgiltige Verständigung erzielt worden sei. Die neuesten englischen Vorschläge — die einem fast absoluten Aufgeben der von Ihrer Majestät Regierung bislang angenommenen Haltung mit Bezug auf die afghanische Frage gleichkommen — sind in St. Petersburg in vorförmlichem Tone aufgenommen und es ist anerkannt worden, daß sie eine Grundlage für weitere Unterhandlungen bilden. Außer allgemeinen Versicherungen eines Wunsches nach einer friedlichen Lösung hat aber Rußland bis jetzt weder seine Ansprüche herabgestimmt, noch die Idee einer schiedsgerichtlichen Entscheidung unbedingt genehmigt.“ Die „Times“ kommt auf die Frage von Herat zurück und hebt hervor, daß, wenn in dieser Richtung England keine politischen und militärischen Vorkämpfer erhalte, für Indien ein chronischer Zustand der größten Unsicherheit geschaffen würde. Die Stimmung der Engländer in Indien über den bedingungslosen Sieg der Russen sei eine verzweifelte, denn die letzteren rühmten sich bereits den Turkmänen gegenüber, sie würden weitergehen, sobald sie ihre Kräfte zusammen hätten. Wäre England schwächlich genug, nach einem Frieden zu greifen, der seiner ist, so würde die Strafe in kurzer Zeit folgen. Das „Morning Chronicle“, ein liberales Blatt, hält es für unmöglich, daß Gladstone sein Verlangen nach einer Untersuchung gegen Komaroff fallen lasse, wenn der Zar eine solche für unthunlich erkläre. Die „Morning Post“ erklärt, Rußland habe lediglich unbedeutende Dinge dem Verlangen nach einer Untersuchung entgegen-gesetzt.

Von der russischen Regierung war ausdrücklich als Vorbedingung für alle weiteren Verhandlungen der Verzicht auf jede Kritik des Verhaltens Komaroff's hingestellt worden. Nach der Erklärung Lord Granville's stimmte die britische Regierung der russischen darin bei, daß es nicht wünschenswerth sei, die beiden tapferen Offiziere Komaroff und Lumsden vor Gericht gestellt zu sehen. Allem Anschein nach ist aber das Londoner Kabinett in seiner Nachgiebigkeit noch viel weiter gegangen. Am Dienstag theilte nämlich der englische Premierminister Gladstone dem Unterhause mit, die Regierung sei in Folge des Beschlusses, daß der Meinungsaustrausch über die Hauptpunkte der afghanischen Grenzfrage in London stattfinden solle, mit Sir Lumsden in Verbindung getreten und habe ihn benachrichtigt, daß es erwünscht wäre, wenn er und Stewart sofort nach England zurückkämen. Ob mit dieser Zurückberufung Lumsden's aus Afghanistan eine Mißbilligung des Verhaltens dieses englischen Bevollmächtigten verbunden ist, wird erst der weitere Verlauf der Sache zeigen. Auf die Afghane kann jedenfalls dieser Entschluß der englischen Regierung nur den Eindruck eines kläglichen Rückzuges machen und der Vikar von Indien, Lord Dufferin, der in Rawul Pindi dem Emir von Afghanistan weitgehende Zusicherungen machte, dürfte dadurch seine Stellung ebenfalls als ernstlich gefährdet ansehen. Das englische Kabinett hat in immerhin sicher das Aeußerste gethan, um dem Kriege vorzubeugen. Die Entscheidung liegt nun nur noch in Petersburg, wo hoffentlich der friedliebende Zar Energie genug besitzen wird, die Kriegslust der russischen Militärpartei zu zügeln und seinen stark in's Gedränge gerathenen Finanzminister über die für die Dase von Pendsch gemachten Krieseausgaben zu trösten. (Vergl. neueste Depesche.)

Tageschau.

Freiberg, den 7. Mai.

Bekanntlich hat der deutsche Bundesrath die Wieder-einführung der Berufung abgelehnt, dagegen auf einen Antrag Preußens die Zahl der Geschworenen von 12 auf 7 herab-gesetzt. Der Beschluß soll, unter Stimmenthaltung Bremens, mit 29 gegen 28 Stimmen gefaßt worden sein. Bei der notorischen Abneigung aller größeren Bundesregierungen — außer Preußen — gegen den Antrag nimmt man allgemein an, daß zu dem erwähnten Resultate sehr wesentlich der Wunsch, dem Reichszanzer entgegenzukommen, und die gleichzeitige Ueber-zugung beigetragen habe, daß der Reichstag den Vorschlag doch sicher ablehnen werde. Dort dürfte die Justizvorlage kaum noch zur ersten Lesung kommen; an eine Erledigung derselben in der gegenwärtigen Session ist jedenfalls nicht zu denken. Nachdem vorgestern der deutsche Reichszanzer in höchst auf-fälliger Weise die durch seine am Montag im deutschen Reichstage gehaltene Rede hervorgerufene Meinung wider-legt hat, als sei ihm an dem Zustandekommen einer Börsen-

feuer nichts gelegen, neigen sich die Arbeiten der deutschen Volksvertretung ihrem Schluß zu. Bei der gestrigen Fortsetzung der Berathung über die Börsensteuer beantragte Abg. Richter im Fall der Annahme des Gesetzes die Aufhebung des Petroleumzolles, Abg. Kayser diejenige der Salzsteuer. Letzterer erklärte gleichzeitig, daß seine Partei im Falle der Ablehnung einer derartigen Steuererleichterung gezwungen sei, gegen die Börsensteuer zu stimmen. Der Staatssekretär von Burghard bezeichnete die Tendenz der Anträge für einen Widerspruch gegen die neue Steuerreform von 1878. Die Einnahmen aus der indirekten Ausgabe sollten dazu dienen, die direkten Ausgaben zu erleichtern, nicht die indirekten. Die Anträge seien schon aus diesem Grunde unannehmbar; außerdem aber betrügen die Einnahmen aus der Salzsteuer 47 Millionen, aus dem Petroleumzoll über 22 Millionen, während hinsichtlich der Börsensteuer keine Berechnung auch nur 22 Millionen annähernd erreiche. Es würde also eine Lücke in den Einnahmen des Reiches entstehen, die wiederum eine Steigerung der Matricularbeiträge notwendig mache. Der Eventualantrag, einen Arbeiterinvalidenfond zu gründen, bewege sich auf demselben Boden, wie die von der Regierung in's Werk gesetzte Unfall- und Krankenversicherung. Die Regierung habe die Altersversorgung ebenfalls in Aussicht genommen; es sei deshalb nicht zweckmäßig, jetzt einen solchen Fond zu bilden. Der Staatssekretär v. Bötticher legte dar, daß die Regierung an der sozialen Reform emsig gearbeitet habe und am allerwenigsten von Seiten der Sozialisten eine Mahnung gerechtfertigt sei. Nach kurzer Debatte wurden die Anträge der Abgg. Kayser und Richter abgelehnt, der Rest der Kommissionsanträge angenommen, womit gleichzeitig die bezüglichen Petitionen ihre Erledigung fanden. Es folgte nun die zweite Lesung der Zuckersteuervorlage. Abg. Graf v. Hake begründete seinen Antrag auf dreimonatliche Verlängerung des Steuerkredits, worauf Bundeskommissar Uffenb. betonte, daß der Antrag Hake zugleich die Gewährung der Mittel voraussetze, ohne welche die Durchführung desselben nicht möglich sei. Dazu sei ein sehr bedeutender Betrag erforderlich, wie ihn das Amendement des Abg. Nobbe wolle. Werde dieses nicht angenommen, so sei die Finanzverwaltung kaum in der Lage, dem Bundesrath vorzuschlagen, auf den Antrag einzugehen. Abg. Richter hielt es nicht für förderlich, durch Annahme des Gesetzes zu konstatiren, daß die Zuckerindustrie ihren Verbindlichkeiten nicht nachkommen könne. Es handle sich um eine große Anzahl von Firmen, die ein unzulänglichliches Betriebsmaterial hätten und denen auf diese Weise über den ersten Berg geholfen werden soll; das sei überaus bedenklich. Nachdem sich Abg. Graf v. Hake mit dem Amendement Nobbe einverstanden erklärt hatte, wurde die Regierungsvorlage mit dem Antrag Hake-Nobbe genehmigt. Des Weiteren wurde der Gesetzentwurf, betreffend den Schutz des Reichs-klassenpapiers, in dritter Lesung angenommen. Bei der hierauf folgenden dritten Berathung des Unfallgesetzes motivirte Abg. Schrader die ablehnende Haltung seiner Partei. Abg. Loewe sprach sein Bedauern darüber aus, daß bei der Bildung der Berufsvereinigungen nicht mehr Rücksicht auf die Eigenartigkeit der Betriebe genommen werde. Der Staatssekretär v. Bötticher erklärte, er halte die Abschließung einzelner Betriebe für eine zu weitgehende, unbrauchbare Forderung. In der Spezialdebatte wurde das Gesetz im Ganzen definitiv angenommen.

Auf die gestern im preussischen Abgeordneten-hause von dem Abg. Spahn begründete Interpellation wegen Ausweisung nichtpreussischer Polen ertheilte der Minister von Puttkamer folgende Antwort: „Der preussischen Regierung liege jedes Eingreifen in berechnete Interessen polnischer oder katholischer Einwohner fern, die Rücksicht auf die politische Sicherheit des Staats und die Pflege des deutschen Wesens habe aber die Ausweisungsmassregel erheischt. Der Zuwachs der polnischen Einwanderung drohte, die deutsche Bevölkerung zu verdrängen, und führte für die Verwaltung schwerste Un-zuträglichkeiten herbei. Es habe sich ein national-polnisch agitirendes Element gebildet, und auch in Westpreußen, wo man die Polenfrage früher nie gekannt habe, eine drohende Gefahr für den Staat geschaffen. Von der getroffenen Maßregel, die übrigens die Oberpräsidenten mit aller Humanität ausführten, könne die Regierung nicht abgehen.“ Abg. Windt-horst stellte die Ausweisung als völkerrechtswidrig hin und meinte, ohne die vorherige Benachrichtigung der davon Be-troffenen und ohne eine vorausgegangene Vereinbarung mit Rußland sei dieselbe ein Akt der Grausamkeit. Dagegen hielt Abg. Wehr die Maßregel für rechtlich und politisch gerech-tfertigt, während Abg. v. Lisowsky versicherte, die Aus-